

Zürich und Dietikon, 25. Mai 1998

KR-Nr. 187/1998

MOTION von Lucius Dürri (CVP, Zürich) und Germain Mittaz (CVP, Dietikon)
betreffend Bekämpfung der Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft im Kanton Zürich

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Bericht vorzulegen und Antrag zu stellen betreffend Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit im Kanton Zürich. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Schwarzarbeit, welche zugunsten der öffentlichen Hand ausgeführt wird und solcher zugunsten Dritter.

Lucius Dürri
Germain Mittaz

Begründung:

Aufgrund neuester Hochrechnungen wird in der Schweiz 1998 Schwarzarbeit im Umfang von rund 30 Milliarden bzw. 8% des Bruttoinlandproduktes geleistet bzw. geleistet werden. In Anbetracht der wirtschaftlichen Bedeutung fallen davon schätzungsweise 15-20% auf das Gebiet des Kantons Zürich. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Arbeit, die von Ausländern ohne Aufenthalts-, und Arbeitsbewilligung geleistet wird und solcher, die von Erwerbstätigen in der Freizeit, meist ohne Genehmigung des jeweiligen Arbeitgebers, geleistet wird. In der Regel werden für diese Arbeiten keine Sozialversicherungsbeiträge (durch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern) und keine Steuern bezahlt.

Immer häufiger wird die Ausführung von Schwarzarbeit im Baugewerbe festgestellt, etwa durch das Engagement ausländischer Montagegruppen. Dies hängt nicht zuletzt mit dem ruinösen Preiskampf zusammen. Dieser betrifft sowohl öffentliche wie private Bauten. Der Wettbewerb wird dadurch völlig verzerrt. Es ist möglich, dass auch der Kanton Zürich und seine Gemeinden, aber auch der Bund durch ihre Vergabepolitik Schwarzarbeit indirekt begünstigen.

Die Schwarzarbeit hat europäische, ja weltweite Dimensionen angenommen. Gemäss einem Bericht der Europäischen Union zum Thema Schwarzarbeit rechnet die EU-Kommission mit zwischen 10 bis 20 Millionen Schwarzarbeitern in der EU, während die Zahl der Arbeitslosen ca. 18 Millionen beträgt. Die Schwarzarbeit entspricht etwa 7 bis 16% des Bruttoinlandproduktes der EU.

In Anbetracht der Dimensionen des Problems drängt sich eine rasche Lösung auf, auch wenn die Schweiz nicht an erster Stelle der europäischen Rangliste steht.